

Kampagne für Schuldengerechtigkeit

Am Weltsozialforum in Dakar, Senegal, fiel anfang Februar der Startschuss für die Internationale Kampagne für ein Insolvenzverfahren für Staaten. Anstatt zahlungsunfähige Staaten mit Milliarden Steuergeldern zu „retten“, sollen künftig auch private Investoren eingebunden werden und im Rahmen eines klar geregelten und fairen Verfahrens auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten. Die Schweiz soll sich ebenfalls für ein solches Verfahren einsetzen (siehe auch fpi 4/10).

Nicht nur in Europa, auch in den Ländern des Südens bahnt sich eine neue Schuldenkrise an. Zahlreiche dieser Länder, die vor der globalen Finanzkrise weitgehend entschuldet waren, sind nun wieder massiv verschuldet. Das behindert die Entwicklung und vergrössert die Armut in diesen Ländern. Eine nachhaltige Lösung des Schuldenproblems ist dringend nötig. Darum haben zahlreiche Nichtregierungsorganisationen des Südens und Nordens, unter ihnen auch die Aktion Finanzplatz Schweiz, die Kampagne mit dem Titel „Entschärft die Schuldenkrise“ ins Leben gerufen.

Statt Schuldnerländer zu schmerzlichen Anpassungen auf Kosten der Ärmsten zu zwingen und Profite aus risikoreichen Investitionen abzusichern, rufen wir die Regierungen und insbesondere Frankreichs Staatschef Nicolas Sarkozy als derzeitigen Präsidenten der G20 auf, schnelle, faire und transparente Schuldenlösungsmechanismen auf der Basis bewährter Insolvenzverfahren zu schaffen. Wir setzen uns für ein (permanentes oder ad-hoc) Schiedsgericht ein, das unabhängig von Schuldnern und Gläubigern ist, das alle Gläubiger und alle Schulden in einem einzigen Verfahren vereint, das berechenbar (gleiche Regeln für alle) und rechtlich verbindlich ist. Zudem könnte dieses Gericht die individuellen Forderungen auch auf ihre Legitimität hin überprüfen.

Wir rufen die Schweiz auf, sich ebenfalls für die Schaffung eines Insolvenzverfahrens für Staaten einzusetzen, wie sie das bereits anfang der 1990er-Jahre getan hat. Die Schweiz soll ihren Einfluss beim Internationalen Währungsfonds, bei der Weltbank und bei der UNO geltend machen und mit Ländern wie Deutschland oder Norwegen, die ähnliche Ziele verfolgen, zusammenarbeiten. Zudem wurde die Schweiz von Sarkozy eingeladen, an der Vorbereitung des nächsten G20-Gipfels mitzuwirken und könnte unserer Kampagne auf

diesem Weg zum Durchbruch verhelfen. Mehr über die Kampagne erfahren Sie auf der Website www.defusethebtcrisis.org und bald auch auf der AFP-Homepage. (aro)